

A16 Alterssicherung nachhaltig, generationengerecht und armutssicher machen

Antragsteller*in: Claudius Rafflenbeul-Schaub (KV
Miesbach)
Tagesordnungspunkt: Fortsetzung TOP 7 Anträge
Status: Zurückgezogen

1 „Kinder kriegen die Leute immer“, unter diesem Eindruck der Babyboomer und des
2 Wirtschaftswunders der Nachkriegszeit ist das heutige, umlagefinanzierte
3 Rentensystem unter Kanzler Adenauer in seinen Grundzügen entworfen worden. Die
4 Annahmen von damals, Bevölkerungswachstum und Wirtschaftsboom, gelten schon
5 lange nicht mehr.

6 Bereits in den 2030er Jahren droht das bestehende Umlagesystem zu kollabieren.
7 In den vergangenen Jahren hat die relativ gute konjunkturelle Lage, die
8 Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit und die Migration die Rente stabilisiert.
9 Das heißt aber nicht, dass das System in Zukunft weiter stabil funktioniert.

10 Voraussichtlich gegen Ende dieses Jahrzehnts wird der Altersquotient 50 %
11 bereits übersteigen. Das heißt, dass weniger als zwei Menschen zwischen 20 und
12 65 Jahren auf eine Person über 65 Jahren kommen. Ab Mitte der 2030er Jahre wird
13 sich das Verhältnis voraussichtlich auf hohem Niveau und moderat steigend
14 stabilisieren.

15 Die wirtschaftliche Schwäche und die eher geringe Attraktivität Deutschlands für
16 ausländische Fachkräfte schwächen die Rente zusätzlich. Hinzu kommt ein Wandel
17 der Arbeitswelt, vorangetrieben durch neue Berufsbilder, Arbeitszeitreduzierung
18 und die Digitalisierung.

19 Der demografische Wandel und die Veränderung der Arbeitswelt machen eine andere
20 Rentenpolitik und einen neuen Generationenvertrag notwendig. Die
21 Alterssicherungsstrategie muss nachhaltiger aufgestellt werden, eine gerechte
22 Belastung aller Generationen gewährleisten und wirksam vor Altersarmut schützen.

23 ***Ganzheitlich absichern: Das Alterssicherungsniveau in den Fokus nehmen***

24 Wer lange arbeitet, verdient einen Lebensabend bei gesichertem Lebensstandard.

25 Dazu tragen unterschiedliche Einkommensformen bei: Im Mittelpunkt stehen die
26 gesetzliche Rente für die meisten Arbeitnehmer*innen und Pensionsansprüche bei
27 bestimmten Berufsangehörigen und Beamten. Hinzu kommen die private und
28 betriebliche Altersvorsorge, Miet- und Kapitalerträge und zusätzliche
29 Erwerbseinkommen durch Arbeit über das Renteneintrittsalter hinaus. Auch
30 mietfreies Wohnen in selbstgenutzten Immobilien sichert im Alter ab.
31 Altersvorsorge war schon immer durch Diversifizierung geprägt, deswegen wird es
32 Zeit, dass auch die Politik alle Alterseinkommen in den Blick nimmt.

33 Der einseitige Fokus auf die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) verengt die
34 politische Debatte, spiegelt die Realität von Rentner*innen und Pensionär*innen
35 nicht wider und überlastet die GRV. Wer etwa nur wenige Jahre gearbeitet hat und
36 danach von einer Erbschaft oder Kapitalrenditen leben kann, ist nicht unbedingt
37 altersarm, auch wenn die Rente niedrig ist. Und wer von einer niedrigen Rente
38 noch eine Miete zu stemmen hat, kann nicht auf demselben Niveau leben wie
39 Eigenheimbesitzer*innen in abbezahlten Wohnungen oder Häusern.

40 Ein ganzheitlicher Blick auf das Alterssicherungsniveau (also die Summe aller
41 Alterseinkünfte) statt eine Verengung auf das Rentenniveau der GRV ermöglicht,
42 zielgerichtet gute Alterseinkommen zu gewährleisten und dabei auf einen
43 volkswirtschaftlich wirksamen Strauß an Maßnahmen zurückzugreifen.

44 ***Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit als Leitprinzipien***

45 Für eine nachhaltige und generationengerechte Entwicklung ist es notwendig, alle
46 Potentiale zu nutzen, ohne einzelne Alters- oder Berufsgruppen zu überfordern.
47 Dazu muss das Ziel einer Stabilisierung der Rentenbeiträge bei gleichzeitiger
48 Begrenzung des Steuerzuschusses gleichberechtigte Priorität neben der
49 Stabilisierung der Alterseinkommen bekommen. Eine solche Alterssicherungspolitik
50 nimmt die Interessen der Jungen, der Alten und die Leistungsfähigkeit des
51 Staates gleichzeitig in den Blick.

52 **1. Säule: Gesetzliche Rentenversicherung**

53 ***Lebenserwartung und Lebensarbeitszeit berücksichtigen***

54 Der Renteneintritt muss dynamischer werden. Dafür werden manche auch länger
55 arbeiten müssen. Wer länger arbeiten kann und will, soll das in Zukunft leichter
56 und zu besseren Bedingungen können. Für den Erwerb voller Rentenansprüche soll
57 die Dauer der Erwerbsbiografie stärker als das Alter berücksichtigt werden. Der
58 aktuell fixe Renteneintritt benachteiligt vor allem Ausbildungsberufe, die in
59 der Regel früher in den Arbeitsmarkt eintreten und häufig mit größerer
60 physischer und psychischer Belastung einhergehen. Diese Benachteiligung gilt es
61 abzubauen. Die allgemeine steigende Lebenserwartung muss zusätzlich als
62

63 Demografie-Komponente wieder stärker in die Rentenberechnung einfließen.
64 Gleichzeitig sollten versicherungsfremde Leistungen wie die abschlagsfreie Rente
65 ab 45 Beitragsjahren („Rente mit 63“) schneller als bisher geplant abgeschmolzen
werden, um das Äquivalenzprinzip zu stärken.

66 ***Alterseinkommen für alle – Mindestsicherung gewährleisten***

67 Wer lange gearbeitet hat, muss mehr bekommen. Darum ist eine Grundrente über dem
68 Grundsicherungsniveau unter der Berücksichtigung von Erwerbs- und Care-Arbeit
69 eine Frage der Gerechtigkeit. Das bisherige antragsfreie Verfahren sollte jedoch
70 durch eine Bedürftigkeitsprüfung ersetzt werden, um keine Sozialleistungen an
71 anderweitig Abgesicherte auszuzahlen. Wenn das Vermögen und sonstigen Einkünfte
72 ausreichen, braucht es keine Grundrente. Zusätzlich kann eine Umverteilung von
73 Rentenpunkten wie vom Sachverständigenrat Wirtschaft vorgeschlagen den sozialen
74 Ausgleich stärken.

75 Außerdem müssen die Zuverdienst-Möglichkeiten für Rentner*innen vereinfacht,
76 attraktiver gemacht und erweitert werden. Dazu zählt auch eine Stärkung der
77 Altersteilzeit.

78 ***Die gesetzliche Rente auf eine breitere Basis stellen***

79 Die historisch bedingte Zerklüftung der ersten Säule der Altersvorsorge in die
80 gesetzliche Rentenversicherung und die berufsständischen und beamtenrechtlichen
81 Pensionskassen für meist Besserverdienende schwächt die Alterssicherung. Es
82 müssen darum Synergieeffekte und möglicherweise eine Integration geprüft werden.
83 Gerade auch durch die kapitalgedeckten Ansprüche der Versorgungskassen kann eine
84 Stabilisierung erfolgen, die allen zugutekommt. Der Bestand bestehender
85 Ansprüche muss dabei gewährleistet werden.

86 Gleichzeitig muss das Versicherungsprinzip langfristig gestärkt und die GRV so
87 attraktiv aufgestellt werden, dass auch Selbständige und Unternehmer*innen
88 verstärkt freiwillig einzahlen.

89 ***Den Kapitalmarkt stärker nutzen***

90 Das Generationenkapital ist der Einstieg in eine notwendige, verstärkte
91 Kapitaldeckung der Rente. Die bisher von der Ampel-Bundregierung geplanten
92 Einlagen sind jedoch nicht ausreichend, um die notwendigen Erträge zu erzielen.
93 Darum muss der Kapitalstock deutlich erhöht werden. Durch die Integration von
94 Teilen der Staatsbeteiligungen und Investitionen in transformationsfreundliche
95 Fonds kann zudem eine Diversifizierung stattfinden, die die Risiken für den Bund
96 reduziert und die Erträge erhöht. Die Anlagestrategie darf kein Zocken sein,
97 sondern der Kapitalmarkt muss zusätzliche Sicherheit gegenüber den

98 Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt, bezüglich Lohnentwicklung und
99 Arbeitslosigkeit, bieten. Die Anlagestrategie muss zudem grundsätzlich am 1,5-
100 Grad-Klimaziel ausgerichtet sein. Langfristig soll das Generationenkapital zu
101 einem staatlichen Pensionsfond, nach dem Vorbild skandinavischer Länder,
102 weiterentwickelt werden.

103 **2. Säule: Betriebliche Altersvorsorge**

104 ***Volles Potential der Arbeitgeber nutzen***

105 Die betriebliche Altersvorsorge (bAV) stabilisiert die Alterseinkommen und macht
106 den Standort Deutschland für Arbeitnehmer*innen langfristig attraktiv. Sie soll
107 stärker gefördert werden. Zusätzlich sollen Arbeitgeber ab einer zu bestimmenden
108 Größe verpflichtet werden, diese ihren Beschäftigten anzubieten und damit auch
109 einen einfachen Wechsel zwischen Arbeitgebern zu ermöglichen. Alle
110 Arbeitnehmer*innen – auch in geringfügiger oder Teilzeitbeschäftigung – sollen
111 Anspruch auf eine Mindesthöhe an vermögenswirksamen Leistungen erhalten.

112 **3. Säule: Private Altersvorsorge**

113 ***Individuelle Vorsorge stärken***

114 Die private Altersvorsorge (pAV) soll künftig einen stärkeren Beitrag zur
115 individuellen Alterssicherung leisten. Dafür müssen die Bedingungen reformiert
116 und zusätzliche, individuelle Sparpläne im Rahmen des Generationenkapitals
117 ermöglicht werden. Auf freiwilliger Basis soll auch die Überführung der Riester-
118 Renten in die „Deutschland-Rente“ ermöglicht werden, die stärker die Potentiale
119 der Kapitalmärkte nutzen kann. Zudem sollen Freibeträge für Kleinsparer erhöht
120 werden und dynamisch an die Inflation angepasst werden.

121 ***Selbstbestimmung durch Bildung und Beratung stärken***

122 Zusätzlich sollen die Wirtschafts- und Finanzbildung sowie die unabhängige
123 Anlageberatung in allen Altersgruppen gestärkt werden, damit alle Bürger*innen
124 eine selbstbestimmte Entscheidung über ihre Altersvorsorge treffen können.

125 ***Wir sollten die Debatte jetzt führen!***

126 Die Lage ist ernst. Jeder weitere Aufschub, jedes weitere, ungedeckte
127 Versprechen wäre verantwortungslos. Jetzt ist es entscheidend, die Belastung für
128 die jüngeren Generationen zu begrenzen, die Alterseinkommen auf einem
129 ausreichenden, dynamischen Niveau zu stabilisieren und auch künftig resilient
130 gegen Veränderungen aufgestellt zu sein. Diese Neuaufstellung muss jetzt
131 eingeleitet werden.

Unterstützer*innen

Ludwig Hartmann (KV München), Tom Aurnhammer (KV Nürnberg-Stadt), Constantin Jahn (KV Dillingen), Hannah Quaas (KV Schwandorf), Britta Jacob (KV Dachau), Lucas Pöllinger (KV Schwandorf), Doris Wagner (KV München), Alexander Rohde (KV Freyung-Grafenau), Jessica Hecht (KV Würzburg-Land), Dorothea Deutsch (KV Miesbach), Martin Wolf (KV Miesbach), Martin Züchner (OV Neuhausen-Nymphenburg), Lucas Brunkhorst (KV München), Ulrike Schweiger (KV Berchtesgadener Land), Miriam Bergmann (KV Aschaffenburg-Land), Dirk Simon (KV Aschaffenburg-Stadt), Michael Sasse (KV Rosenheim), Alexander König (KV München), Maria Krieger (KV Kelheim), Christian Hartranft (KV München), Albert Maier (KV München), Daniel Günthör (KV München), Karin Scherer (KV Erlangen-Land), Erich Hinderer (KV Main-Spessart), Wolfgang Rzehak (KV Miesbach), Gabriele Graswald-Vidovic (KV München), Katharina Wittig (KV München)